

2. Kaufkraft-Paket II: Runder Tisch Kanton mit Gemeinden zu „Unterstützungsmassnahmen“»

Postulat Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Tobias Langenegger (SP, Zürich) vom 3. Oktober 2022

KR-Nr. 365/2022, Antrag auf Dringlichkeit

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das Postulat wurde mit dem Antrag auf Dringlichkeit eingereicht. Heute reden wir nur über die Dringlichkeit des Postulats, mit einer Redezeit von zwei Minuten. Also nur um die Dringlichkeit geht es heute.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden): Die Publikation der Energiepreise 2023 hat gezeigt, dass in einigen Gemeinden und Städten die Energiepreise massiv ansteigen. Um die Folgen abzufedern und die Gemeinden und Städte in dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, wird der Regierungsrat gebeten, einen runden Tisch einzuberufen. Und dies soll er schnellstmöglich tun, da die neuen Strompreise per 1. Januar 2023 gelten und die betroffenen Menschen die Folgen der Erhöhung bereits bei der ersten Abrechnung 2023 spüren werden. Mit dem runden Tisch kann auch verhindert werden, dass es einen Wildwuchs gibt und die Gemeinden auf ganz unterschiedliche Arten mit der Situation umgehen und so quasi eine Stromhilfe-Lotterie entsteht. Anders als der Regierungsrat sind wir der Meinung, dass es hier einen zusätzlichen Austausch braucht und es nicht ausreichend ist, wenn nur Lösungen für Sozialhilfebeziehende ausgearbeitet werden. Daher auch der Antrag auf Dringlichkeit. Vielen Dank für ihre Unterstützung.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Es kommen harte Zeiten auf Menschen zu, die in knappen Verhältnissen leben, 2023 werden die Lebenskosten wahrscheinlich stark steigen. Unser Sozialsystem ist etwas träge. Man redet von Teuerungsausgleich und das wird wahrscheinlich nicht reichen. Es braucht schnelle und auch unkomplizierte Lösungen. Und «schnell» heisst: Die Gesetze reichen nicht, es braucht andere Mittel. Ein runder Tisch erscheint uns sinnvoll. Den runden Tisch braucht es nicht in zwei Jahren, sondern es braucht ihn jetzt, und daher unterstützen wir die Dringlichkeit.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Ohne einige Worte zum Inhalt zu sprechen, ist die Dringlichkeitsdiskussion etwas schwierig. Die zurückliegenden, nicht einfachen Monate haben eines gezeigt: Die Herausforderungen können nur gemeinsam gemeistert werden. In der Folge haben die entsprechenden organisatorischen Massnahmen nicht nur an Bedeutung gewonnen, sondern sie werden auch gelebt, so bei der Pandemie (*Covid-19-Pandemie*) die kantonale Führungsorganisation mit ihren Untergruppen, zur Bewältigung der Flüchtlingssituation ist ebenfalls eine direktions- und staatsebenenübergreifende Arbeitsgruppe an der Arbeit und jetzt auch für die aktuelle Situation um die Energieversorgung. Das Wort «Energie-

mangellage» widerstrebt mir deutlich. Hier ist der Führungsausschuss Energiemangellage eingesetzt, er heisst so. Diese Gremien beobachten die Situation, unterstützen Behörden und Private mit Antworten auf auftauchende Fragen. Ihnen allen ist eines gemeinsam – und jetzt sind wir bei der Rolle der Gemeinden: Sowohl der Verband der Gemeindepräsidien als auch die Sozialkonferenz sind am Tisch; und nicht nur dabei, sie werden gehört und ihre Anliegen werden aufgenommen. Der Austausch ist regelmässig, präzise, wöchentlich – je nach Lageentwicklung –, eine Vorgehensweise, die sich sehr bewährt hat. Und in meiner Rolle als Präsident des Verbandes der Gemeindepräsidien bin ich dankbar, dass dem so ist. Ein weiteres überlagerndes Gremium ist nicht nur unnötig, sondern schwächt die jetzt bestehenden und sehr engagierten, zielorientierten Organisationen. Das kann nicht sein, das soll nicht sein.

Wie gesagt, die Dringlichkeit ohne eine inhaltliche Beurteilung zu beraten, reicht nicht. Inhaltlich haben wir die Voraussetzung für entsprechende Beratungen. Wir lehnen deshalb die Dringlichkeit ab. Besten Dank.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach): Als die SVP zur Volksabstimmung Ihrer Energiestrategie vor den massiven Mehrkosten gewarnt hat, haben Sie uns der Lüge bezichtigt. Nun, unsere Befürchtungen werden noch übertroffen, hat doch vor kurzem eine Tageszeitung in der Schweiz «4000 Franken Mehrkosten bei der Energie im nächsten Jahr für eine Familie» getitelt. Als wir im Januar, vor dem Ukraine-Krieg, vor einer Strommangellage gewarnt haben, haben Sie uns ausgelacht. Dabei war das Debakel absehbar, hat sich doch der Strompreis zum Beispiel in Deutschland 2021 mehr als verfünffacht, also auch weit vor dem Ukraine-Krieg. Und was hat man im Energiedepartement (*Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation*) gemacht? Nichts. Es kommt mir vor, wie wenn der Brandstifter nun Feuerwehrmann spielt. Als wir im Frühjahr temporär die Reduzierung der Mineralölsteuer gefordert haben, welche rasch, unbürokratisch zu bewerkstelligen gewesen wäre, haben Sie uns die Gefolgschaft verweigert. Und damit haben Sie verhindert, dass die Bevölkerung und das Gewerbe entlastet werden. Sie beklagen in Ihrem Postulat zu Recht die stark steigenden Krankenkassenprämien. Falls es Ihnen ernst ist und Sie den Mittelstand wirklich entlasten wollen, dann fordere ich Sie auf, am 27. November 2022 (*in der kantonalen Volksabstimmung*) die «Gerechtigkeitsinitiative» der SVP zu unterstützen. Damit helfen Sie unseren Bürgern schnell, unbürokratisch und nachhaltig.

Wie Sie mit circa 160 Gemeinden einen runden Tisch veranstalten wollen, wo dann auch etwas Brauchbares herauskommt ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Markus Bischoff (AL, Zürich): Teuerung, höhere Energiepreise, höhere Krankenkassenprämien – ich glaube, der Kaufkraftverlust ist gegeben. Deshalb ist auch die Dringlichkeit dieser beiden Postulate gegeben. Inhaltlich erinnern mich diese beiden Postulate natürlich eher an den heutigen Morgen: Es hat einen starken Nebel und man irrlichtert da auf der Strasse. So kommen auch diese beiden Postulate ein bisschen daher. Man möchte etwas machen, weiss aber nicht ganz genau, was. Und ein runder Tisch ist in der Regel die letzte Massnahme, die man auf-tischen

kann. Aber es ist wichtig, dass wir hier eine Debatte über Kaufkraftverlust führen, deshalb stimmen wir der Dringlichkeit zu.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Die Schweiz verfügt über ein ausgesprochen dichtes Netz an Unterstützung für Personen, die in wirtschaftliche Not geraten. Aus meiner eigenen Erfahrung als Sozialvorstand einer Gemeinde weiss ich, dass die Gemeinden ihren Verpflichtungen nachkommen und ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Sozialkonferenz des Kantons Zürich ist genau dieser runde Tisch, der hier angesprochen wird, an dem einheitliche Empfehlungen an die Gemeinden gegeben werden. Zudem sind die Standards in den Richtlinien der SKOS (*Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe*) geregelt. Ein zusätzlicher runder Tisch, wie im Postulat gefordert, ist somit unnötig und würde nur zusätzlichen administrativen Aufwand auslösen, der seine Wirkung verfehlt. Wichtig ist, dass wir den Institutionen Zeit geben, sich um bedürftige Personen zu kümmern, anstatt mit Bürokratie beschäftigt zu sein. Das Postulat verfehlt sein Ziel, ja, wäre sogar kontraproduktiv. Die GLP lehnt die Dringlichkeit ab.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 365/2022 stimmen 58 Ratsmitglieder. Die Dringlicherklärung ist somit nicht zustande gekommen. Das Geschäft wird als gewöhnliches Postulat auf die Traktandenliste gesetzt.

Das Geschäft ist für heute erledigt.